

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

2. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Dienstag, dem 22. Mai 2001

(15.28 Uhr bis 23.08 Uhr)

5. Die Volkshochschule Frankfurt - zeitgemäßes kommunales Bildungsinstitut mit Zukunft	32
Bericht des Magistrats vom 05.03.2001, B 191	
Stadtverordnete Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, CDU:	32
Stadtverordneter Hans-Dieter Bürger, SPD:	34
Stadtverordnete Marlene Riedel, GRÜNE:	36
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:	38
6. Resolution der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main Gesicht zeigen gegen Nazis.	39
Informelle Aussprache über den Antrag der SPD vom 17.05.2001, NR 71	
Frage Nr. 2.....	39
Stadtverordnete Anna Latsch, SPD:	39
Stadtrat Edwin Schwarz:	39
Frage Nr. 5.....	40
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:	40
Stadtrat Edwin Schwarz:	41
Frage Nr. 11.....	41
Stadtverordneter Turgut Yüksel, SPD:	41
Stadtrat Edwin Schwarz:	41
Frage Nr. 18.....	42
Stadtverordnete Ulrike Gauderer, GRÜNE:	42
Stadtrat Edwin Schwarz:	42
Stadtverordnete Ute Hochgrebe, SPD:	43
Oberbürgermeisterin Petra Roth:	45
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	49
Ibrahim Esen, Mitglied der KAV:	50
Stadtverordneter Franz Zimmermann, F.D.P.:	51
Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:	54
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	55
Stadtverordneter Stephan Siegler, CDU:	57
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:	60
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:	61
Stadtverordnete Anna Latsch, SPD:	62
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	63
Stadtverordneter Hans Busch, SPD:	67
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:	69
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:	70
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	70
Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:	70
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	71
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	71

Spiegel, dass solche Äußerungen zu rechtsradikalen Gewalttaten beitragen.

(Beifall)

Der Aussage von Paul Spiegel möchte ich mich anschließen. Das Verhalten der CDU hat es vorhin wieder gezeigt, die CDU wollte dieses Problem nicht als dringlich behandeln. Sie werfen uns politisches Kalkül vor, weil Sie Angst oder keine Lust haben, über die Inhalte zu diskutieren.

(Beifall)

Allenfalls ist für Sie interessant, dass die Nazis mit einer U-Bahn vor Gegendemonstranten und Gegendemonstrantinnen geschützt werden müssen. Herr Schwarz, Sie haben vorhin gesagt, dass Ihre Meinung zu dem Verhalten der Polizei nicht zählt oder nicht wichtig ist. Man kann aber, auch wenn man nicht zuständig ist, Dinge beeinflussen, indem man sie öffentlich diskutiert. Dann muss man auch über die Fehler diskutieren. Wenn die Polizei überfordert ist und Aggressionen an friedlichen Gegendemonstranten und Gegendemonstrantinnen auslöst, dann muss man darüber diskutieren. Herr Schwarz, zu sagen, meine Meinung ist uninteressant, wenn ich Sie nach Ihrer Meinung frage, das ist peinlich.

(Beifall)

Selbst wenn Sie nicht zuständig sind, sollte man zu einer solch wichtigen Sache eine Meinung haben. Frau Anders hat es vorhin angesprochen. Haben Sie keine Meinung dazu, dass Neonazis volksverhetzende Schriften verteilen und verfassungsfeindliche Symbole zeigen und dass die Polizei nicht dagegen vorgegangen ist. Das ist ebenfalls ein Fehlverhalten der Polizei.

(Beifall)

Ich frage mich, wie das die friedlichen Gegendemonstranten sehen, die zu Unrecht festgehalten wurden, die an diesem Tag auf die Straße gegangen sind und Zivilcourage gezeigt haben. Wie sehen diese Leute Ihr Verhalten?

Frau Roth, zu Ihnen möchte ich auch noch etwas sagen. Sie reden von Demokratie und

Toleranz. Aber Ihr Verhalten bleibt hinter Ihren Worten zurück. Eins muss ich wirklich an Ihre Adresse richten. Sie haben sich nicht gegen die ausländerfeindliche und intolerante Kampagne Ihrer Partei gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gestellt.

(Beifall)

Ich bezweifle, ob Sie viel über Toleranz sagen können.

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann:

Als nächste Rednerin hat Frau Stadtverordnete Ditfurth von der ÖkoLinX-ARL-Fraktion das Wort. Bitte schön!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Guten Tag!

Man könnte fast versucht sein, die Beschlussfähigkeit zu bezweifeln, aber ich möchte es in diesem Moment lassen. Ich habe heute beim Zuhören eine Menge Dinge sonderbarer Art gelernt. Das Erste ist, dass Herrn Daum Hubschrauber nicht stören, wahrscheinlich hat er dringesessen.

(Zurufe)

Herr Zimmermanns Vorgarten wird mit jeder neuen Erzählung immer verwüsteter. Am Anfang waren es die Blumen, dann das Haus, jetzt warte ich auf das Dach.

(Heiterkeit)

Vielleicht hätte er an dem Tag einfach am richtigen Ort sein sollen, und wenn Herr Hübner redet, mief es nach dem völkischen Nationalismus der KPD/AO der siebziger Jahre. Auch da hat sich offensichtlich nicht sehr viel verändert.

Es gibt einen Unterschied um das Ganze zwischen Rechts und Links, und das sei auch der Oberbürgermeisterin und zu ihrer unsäglichen Bemerkung gesagt: Ihr Vergleich von

organisiertem rechten Mob mit organisiertem linken Mob hat diese Debatte erst eröffnet.

(Beifall, Zurufe)

Sie klatschen sich selbst zugrunde. Die Beispiele, die Sie aufgeführt haben, waren, dass Sie offensichtlich über Zwischenrufe, die die Oberbürgermeisterin, den Stadtverordnetenvorsteher oder jemand anderen von der CDU am Reden hindern - was natürlich ein Skandal ist -, genauso empört sind und dass Sie den Vergleich dann zu dem ziehen, was etwa auf der Bertramswiese passiert ist, nämlich dass sich dort Leute mit „Heil Hitler“-Rufen gegenseitig darüber verständigen konnten, dass die Massenvernichtung der Juden richtig war. Da sind Ihnen die Proportionen so unendlich durcheinander gerutscht, dass sie gar nicht mehr diskutiert werden können.

(Beifall)

Der Unterschied zwischen Rechts und Links ist, dass Linke - so sie Linke sind - dem hohen Wert der sozialen Gleichheit des Menschen, ohne den Freiheit nicht verwirklichtbar ist, verpflichtet sind. Ob sie das immer klug und richtig machen, ist eine völlig andere Diskussion. Klar ist aber auch, dass alle diejenigen, die dort demonstriert haben - und gegen die dort glücklicherweise protestiert worden ist -, diesem Wert nicht verpflichtet sind, das heißt, von vornherein in ihrer Weltanschauung die Minderwertigkeit von großen Gruppen von Menschen auf der Erde, in diesem Land und in dieser Stadt betonen und immer wieder ausführen, ob sie nun Kategorien wie Rassen einführen oder andere Formen der rassistischen Diskriminierung von Menschen ausüben und in ihren Worten und Taten praktizieren.

Seit der Befreiung vom NS-Faschismus, man soll nicht so tun, als sei der 1. Mai ein Ereignis gewesen, das vom Himmel fiel, und keiner vorher wusste, dass so etwas in Frankfurt passieren kann, gab es - da können mich andere, die ein besseres Gedächtnis haben, korrigieren - war dies nicht die erste Drohung von Nazis, Frankfurt wieder zu ihrer Hochburg zu machen. So weit ich mich erinnern kann, das hat sicher auch mit meinem Umzug damals nach Frankfurt zu tun, war das im Jahr 1978. Damals gab es dagegen das Bündnis Rock gegen Rechts, an dem ich -

wie auch zwei, drei andere Mitglieder dieses Hauses - seinerzeit als Mitglied des Sozialistischen Büros, an dem aber auch der Kommunistische Bund, Jusos und viele andere linke Gruppen beteiligt waren. Wir haben es damals mit diesem Bündnis geschafft - ich glaube, die CDU war nicht im Bündnis vertreten -, 50.000 Demonstranten nach Frankfurt zu bekommen und diese Stadt so voll mit Gegenaktionen zu machen, dass die Nazis hier schlicht und einfach keinen Platz hatten. Später dann gab es Klartext.

Ich möchte ein paar Episoden in Schritten zusammenfassen und nicht im Detail erzählen. Von wegen, Frankfurt ist eine weltoffene, tolerante Stadt. Mag sein, dass das Bemühen sehr ernst gemeint ist, aber für viele Menschen - gerade für Migranten - sieht es im Alltag unter der Schwelle der Anschläge, des direkten Verprügels und des Ansteckens der Häuser anders aus. Sie erleben täglich bestimmte Formen von Rassismus, die Leute, die in bestimmten anderen Vierteln leben und andere soziale Milieus um sich haben, nie erleben, auch, weil sie blind sind für andere in dieser Stadt, es nicht für möglich halten und kaum glauben wollen, weil sie auf ihren Wolken hausen, die rosarote Sichtweisen zulassen.

Es gab damals Nazis in dieser Stadt, und zwar in den nördlichen Vororten, und es gab auch schon Anschläge und erste Drohungen. Es gab ebenfalls Bedrohungen von Migranten und von Linken. Es gab friedensstiftende Maßnahmen. Die sahen so aus, dass man denjenigen, von denen man wusste, dass sie anderen Menschen in der Stadt gefährlich werden konnten, sehr deutlich gesagt hat, dass man weiß, wo sie wohnen. Das heißt, dass man, wenn sie anfangen andere Leute zu terrorisieren, zusammenzuschlagen oder die Häuser anzuzünden wüsste, an wen man sich dann zu wenden hat. Es ist gewissermaßen ein praktizierter Ausdruck mancher Erkenntnisse der Frankfurter Schule, die wir an diesem Punkt in den antirassistischen Alltag übersetzt haben: Der autoritäre Charakter verdient oder braucht gelegentlich eine autoritäre Antwort, denn eine andere Sprache versteht er manchmal leider nicht.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre - um große Schritte zu machen, dazwischen gab es andere Ereignisse, zum Beispiel gab

es einen Linken, der von Nazis in den Main geworfen wurde, Brandanschläge in verschiedenen Häusern und auch vielerlei Erfahrungen, die dagegen sprechen, dass man heute - da waren sich CDU, SPD, GRÜNE und F.D.P. im Ausschuss einig - unbedingt aus taktischen Gründen - man kann sich auch zu Tode taktieren - die bisherige Deeskalationstrategie der Polizei loben müsse. Auch das sind andere Erfahrungswerte in dieser Stadt, die die Leute haben.

Ich bin in dieser Stadt schon von Nazis verprügelt worden. Ich habe dann dummerweise über Notruf die Polizei gerufen, aber es kam niemand. Ich habe die Polizei noch einmal gerufen, denn ich wusste, wohin die Täter gegangen waren, aber auch nach dem dritten Mal kam niemand. Ich habe mich später, weil ich darüber so wütend und verletzt war, juristisch gewehrt. Das führte nach etwa einem Jahr dazu, dass zugegeben wurde, dass das Ereignis stattgefunden hat. Ein Kollege von der Gewerkschaft der Polizei hat zu mir gesagt: „Du bist aber ziemlich naiv, deinen Namen am Telefon zu nennen. Du weißt doch, die kommen nicht bei jedem.“ Ich habe es einmal erlebt, andere Leute erleben es sehr viel öfter und haben ganz und gar nicht die Erfahrung, die vonseiten der CDU hier ausgebreitet wurde, nämlich dass die Polizei neutral ist oder sich manchmal daneben verhält, sondern dass die klassische Erfahrung mit der Polizeiführung in Frankfurt ist, dass sie auf dem rechten Auge blind ist und dass alle, die hinter die Kulissen gucken, auch wissen, dass ein sehr hoher, uns nicht genau bekannter Anteil an Polizisten mit rechtsextremen Ideologien sympathisieren oder sich ihnen zurechnet. Natürlich agieren sie dann in einer bestimmten Art und Weise.

Es gab in den letzten Jahren Demonstrationen, angeführt unter anderem von unsäglichen Figuren wie Horst Mahler - heute NPD-Funktionär, früher ein völkisch-nationalistischer Linker - und ein paar andere Etappen in der Geschichte, über die man ein anderes Mal diskutieren kann. Es gab jedes Mal Gegendemonstrationen, aber diejenigen, die heute behaupten, sich bei der gemeinsamen Verhinderung Frankfurts als Aufmarschgebiet für die Nazis im Konsens zu bewegen, habe ich dort zum größten Teil nicht gesehen. Umso besser. Beim nächsten Mal kann man die dort vielleicht auch erwarten.

(Zurufe)

Ich war hin- und hergerissen, wo ich den 1. Mai verbringen sollte und habe mich - was auch sehr aufregend war - für Berlin entschieden. Dort konnte man, wenn man so will, sehen, was passiert, wenn 9.000 Polizisten einen einzigen Stadtteil besetzen. In Berlin konnte man beobachten, was manche Law-and-Order-Köpfe in Frankfurt gerne wollen. Insofern war es eine interessante Erfahrung, dies zu vergleichen.

Ich habe viele Zeugenberichte vorliegen, und einen fand ich besonders eindrucksvoll, weil die Zeugin sehr genau und klug beobachtet hat. Ich möchte Ihnen ein paar Sätze aus diesem Zeugenbericht nicht verschweigen. Sie hat sich - was nicht sehr vielen Leuten gelang - bis zur Bertramswiese durchgeschlagen und gesagt: „Es fehlte nur das Hakenkreuz. ... Ich hatte mir den Weg zur Bertramswiese verschafft, als die Rechten einmarschierten ... zum Teil militant ... in Formation ... Es gab dort Verehrerinnen von germanischen Kults sowie führende Neonazirädelsführer wie Worch, Hupka, Wulf ... Die überwiegende Anzahl der Teilnehmer war zu etwa 80 Prozent noch nicht einmal 20 Jahre alt“, so schätzt sie. „Obwohl die Medien bei der Kundgebung gut vertreten waren, gab es weder Bilder noch Berichte.“ Das kann ich nicht beurteilen. Vielleicht ist das inzwischen besser geworden. Auf jeden Fall wurde wohl über die Bertramswiese und deren Inhalte nicht ausführlich berichtet, und sie sagt: „Es erscheine fast, als ob es der Schwerpunkt sei, sich mit den Linken und ihren möglicherweise unterschiedlichen, falschen oder richtigen Verhaltensweisen auseinander zu setzen und so zu tun, als sei die Bertramswiese ein harmloses Volksfest gewesen.“ Und: „Während die Polizei gegen Gegendemonstranten vorging, konnten die Braunen vor dem Hessischen Rundfunk ihr Gift und ihren Hass verbreiten, konnten sich dort suhlen“, und „die Kundgebung erfüllte im wahrsten Sinne des Wortes den Tatbestand der Volksverhetzung und hätte nicht genehmigt werden dürfen.“

Alle Zeugenaussagen sagen, dass dieses Flugblatt, das sie mir mit dem Brief geschickt hatte, dort frei verteilt werden konnte und nicht eingesammelt wurde, ein Flugblatt mit

der Überschrift „Euro stoppen, Globalisierung bekämpfen“, unter anderem verteilt von Herrn Hupka persönlich und anderen. Zwei Zitate aus diesem Flugblatt möchte ich Ihnen vortragen: „Kampf der Globalisierung heißt Kampf der deutschen Arbeitslosigkeit“, „Frankfurt ist nicht nur die Multi-Kulti-Stadt mit dem höchsten Ausländeranteil von etwa 39 Prozent, sondern Frankfurt ist auch das Zentrum der Freunde eines Ignatz Bubis (tot) und Michel Friedman. In Frankfurt trieb nach dem Krieg die so genannte Frankfurter Schule ihr Unwesen und legte die Grundlagen für den geistigen und moralischen Verfall unseres Volkes, doch Frankfurt ist vor allem eine ...“

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Frau Stadtverordnete Ditfurth, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Das kann nicht sein.

(Heiterkeit)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Doch, es ist so. Ihre Redezeit ist zu Ende, und ich bitte Sie, das Podium zu verlassen.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Ich möchte einen Antrag stellen und noch einen Satz sagen. Ist das möglich oder zerbricht daran das Haus?

(Zurufe)

Die schreiben also in diesem Flugblatt: „Unsere Demonstration richtet sich daher nicht gegen den einzelnen Ausländer oder Juden, sondern gegen die politisch organisierte Kraft von bestimmten Ausländern, Juden und Deutschen mit dem Ziel, unser Volk zu vernichten ...“ und so weiter. Ich breche also den sehr aufschlussreichen Zeugenbericht ab. Am Schluss sagt sie, sie habe versucht, da-

zwischen zu rufen: „Ich bin stolz, ein Mensch zu sein“, woraufhin sie dann gesagt bekam, sie sei eine „alte jüdische Sau“. Weitere Sachen lasse ich jetzt weg und stelle meinen Antrag. Ich wage zu bezweifeln, es gäbe hier ein dringendes, emotional intellektuelles Bedürfnis nach einem gemeinsamen Konsens, dagegen, dass Frankfurt in Zukunft ein Aufmarschgebiet für Neonazis werden könnte.

Ich habe meinen Antrag in zwei Punkte geteilt. Der erste ist für den Konsens, der zweite ist für die Linken im Haus. Erster Punkt: Die Stadtverordnetenversammlung erklärt, ...

(Zurufe)

Bitte.

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt, dass Frankfurt am Main kein Aufmarschgebiet für Neofaschisten ist und auch in Zukunft keines werden darf. Ich bin gespannt - wir wissen alle, dass viele CDU-Mitglieder dagegen stimmen werden -, mit welchen Gründen sie das tun wollen, wo sie doch den Konsens so sehr herbeisehnen. Zweiter Punkt: Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die Polizeischikanen und Übergriffe auf Antifaschistinnen und Antifaschisten am 1. Mai in Frankfurt am Main. Das war das Ding für die Linken.

(Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Frau Ditfurth, ich möchte Sie noch auf Folgendes hinweisen: Die Redezeit haben wir länger laufen lassen, damit ist Ihre Redezeit für die heutige Sitzung zu 100 Prozent verbraucht.

(Heiterkeit)

Als nächster Redner hat Herr Stadtverordneter Busch von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön!

Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:

Herr Vorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde versuchen, sachlich zu bleiben, aber vor allem, mich kurz zu fassen, weil zehn Minuten sehr schnell vergehen. Ich habe heute zum ersten Mal in diesem Haus die Fragestunde erlebt, und ich muss ehrlich sagen, dass, obwohl zu einem Punkt mehrere Fragen kamen, die Antwort des Magistrats sehr dürftig war. Wir wissen immer noch nicht Bescheid, wie es passieren konnte, dass Demonstranten mit öffentlichen Verkehrsmitteln transportiert werden konnten und eine öffentliche U-Bahn dafür stillgelegt wurde. Wir leben nicht in einem rechtsfreien Raum. Es muss Entscheidungsstränge gegeben haben, und es wäre interessant zu erfahren, wie das passiert ist.

(Zurufe)

In Polizeibussen. Man hätte aber nicht ein öffentliches Verkehrsmittel stilllegen müssen.

(Zurufe)

Wenn eine U-Bahn einen technischen Defekt hat, dann sind Busse doch sofort zur Stelle. Ich glaube nicht, dass es ein Problem gewesen wäre.

Zur Sache selbst: Sowohl das Datum, der 1. Mai, ein Tag der Arbeiterbewegung, ein Tag der Arbeiter, als auch der Ort, Frankfurt, zeugt von einer bewussten Provokation. Ich war am 1. Mai in Italien und habe dort abends die Tagesschau im Fernsehen gesehen, und siehe da, ich habe Frankfurt erlebt. Wir haben alle erzählt, wie offen und liberal wir sind, aber die Leute, die mit uns ferngesehen haben, hatten diesen Eindruck nicht. Sie haben mich gefragt: „Ist das wirklich so?“ Man hat die Figuren mit den Stiefeln gesehen, und ich musste sie beruhigen und sagen: „Um Gottes willen, nein, Frankfurt ist nicht so eine Stadt.“

Wir erleben in Frankfurt jetzt Provokation, aber seit dem Fall der Mauer hat es in Deutschland eine starke Zunahme eines solchen Prozesses gegeben. Diesem Problem muss man sich stellen und Lösungsansätze finden, auch in Frankfurt. Wir wissen, wo die

meisten dieser Leute rekrutiert werden. Es sind sehr junge Menschen, die aus verwahten Regionen kommen. Deswegen war das Fundament vorher im Westen nicht so krass präsent. So sinnvoll es auch sein mag, aber ich glaube nicht, dass Verbote das Problem lösen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, es muss mehr Jugendarbeit gemacht werden, man muss durch Bildung versuchen, diesem Phänomen entgegenzuwirken, und wo es nötig ist, sollte dies auch in Frankfurt geschehen.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt. Die Debatte ist damit beendet. Ich habe einen Antrag von der Fraktion ÖkoLinX-ARL vorliegen. Ich möchte Ihnen den Vorschlag machen, diesen Antrag mit in den Geschäftsgang zu geben, damit er auch im Ausschuss für Recht und Sicherheit behandelt werden kann. Frau Stadtverordnete Ditfurth, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Der Antrag besteht aus zwei Sätzen. Ich halte fast alle hier im Hause für fähig, ihn zu beurteilen und abzustimmen. Nach einer Diskussion von so vielen Stunden, bevor man sich an einen längeren Text macht, wäre es vielleicht eine gute Einübung, heute darüber zu beschließen. Wenn Sie ihn nicht mögen, können Sie den Antrag ja in dem einen oder anderen Punkt ablehnen.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Herr Stadtverordneter Vowinckel, bitte schön!

Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:

Zunächst bin ich dankbar, dass Sie das Haus für fähig halten, zwei Sätze zu lesen.

(Heiterkeit)

Ich kann mich erinnern, dass wir die Tagesordnung zu Beginn dieser Sitzung festgestellt haben. Auch wenn es Kontroversen gegeben hat: Anträge hätten zu jener Zeit eingebracht werden müssen. Wir haben über die Tagesordnung abgestimmt. Über diese wird jetzt hier verhandelt. Sie können den Antrag in den Geschäftsgang geben, aber jetzt ist hierfür kein Raum, und jetzt die Tagesordnungsdebatte neu zu eröffnen und ihn mit Zweidrittelmehrheit aufzunehmen, dazu ist die Zeit zu schade. Es geht dem Ende entgegen, und wir haben noch mehrere Anträge auf der Tagesordnung.

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Frau Stadtverordnete Ditfurth hat noch einmal das Wort. Bitte!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Korrigieren Sie mich, aber ich habe vorhin im Ausschuss aufmerksam zugehört und es so verstanden, dass es eindeutig war, dass der Kompromiss der verschiedenen Kontroversen war, den SPD-Antrag heute hier nicht zu votieren. Ich habe dann aber nachgefragt, und es wurde zugestimmt, ob, wenn neue Anträge kämen, diese theoretisch abgestimmt werden könnten. Genau das habe ich getan. Ich stelle meine Anträge manchmal tatsächlich nach Diskussionen und nicht schon vorher. Man weiß ja nicht, wie sie sich entwickeln.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Herr Stadtverordneter Oesterling, bitte!

Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:

Herr Vorsitzender,
Frau Ditfurth,
meine Damen und Herren!

Ich denke, die Abstimmung zur Tagesordnung, die zu Beginn dieser Debatte getroffen worden ist, war eindeutig und ist eindeutig

vom Herrn Stadtverordnetenvorsteher formuliert worden. Es war der Antrag, der hier die große Mehrheit gefunden hat, dass wir eine informelle Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt vornehmen und dass heute keine Abstimmung erfolgt. Unter dieser Prämisse ist die Aufnahme mit Zweidrittelmehrheit auf die Tagesordnung geschehen. Ich denke, nachdem diese Absprache am Anfang von der großen Mehrheit dieses Hauses so getroffen worden ist, sollten wir uns auch im Interesse der Solidität an diese Absprache halten. Ich möchte den Vorschlag machen, so zu verfahren wie bei dem SPD-Antrag, der an den Ausschuss zur weiteren Beratung überwiesen wurde. Wer andere Änderungsanträge hat, hat die Gelegenheit, diese zu stellen. Sie werden in der Beratung mit berücksichtigt. Der Vorschlag, den Frau Ditfurth gemacht hat, kommt ganz sicher auch in die Beratung. So sollten wir verfahren.

Schönen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke, Herr Stadtverordneter Oesterling. Ich stelle fest, dass sowohl von der CDU-Fraktion als auch von der SPD-Fraktion gewünscht wird, diesen Antrag in den Geschäftsgang zu geben. Ich lasse darüber abstimmen, um ein klares Bild zu haben. Wer dafür stimmt, dass dieser Antrag in den Geschäftsgang geht, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). Wer stimmt dagegen? (Geschieht). Wer enthält sich der Stimme? (Geschieht). Ich stelle fest, bei Gegenstimmen von PDS und ÖkoLinX-ARL ist der Antrag in den Geschäftsgang überwiesen.

Tagesordnungspunkt 4.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Wir kommen nun, nachdem der Tagesordnungspunkt abgehandelt ist, dazu, die Tagesordnung II zu beschließen, und ich bitte um etwas Geduld, das dauert alles etwas länger.

7. Bockenheimer Uni-Viertel	73
Bericht des Magistrats vom 10.11.2000, B 841	
<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 2 vom 04.12.2000, OA 1765	
Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:.....	73
Stadtverordneter Franz Zimmermann, F.D.P.:.....	75
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:	76
Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD:.....	78
Stadtrat Edwin Schwarz:.....	80
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	81
Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:.....	82
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:.....	83
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	85
8. Verlagerung der Großmarkthalle.....	85
Bericht des Magistrats vom 26.01.2001, B 96	
9. "Geld zurück" bei Verspätungen	86
Bericht des Magistrats vom 26.01.2001, B 66	
10. Sanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt.....	86
Vortrag des Magistrats vom 26.01.2001, M 35, Ziffer I	
<u>hierzu:</u> Antrag der CDU vom 09.05.2001, NR 47	

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Jost Arnsperger:**

Vielen Dank, Herr Stadtverordneter Majer! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe daher die Aussprache zu diesem Punkt und lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist und lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: 1.a): Die Ziffern 1. und 3. der Vorlage B 841 dienen zu Kenntnis. 1.b): Die Ziffer 2 der Vorlage B 841 wird an den Magistrat zurückverwiesen. 2.a) Die Ziffern 1. und 2. der Vorlage OA 1765 werden durch die Beschlussfassung zur Vorlage B 841 für erledigt erklärt. 2.b): Der Ziffer 3. der Vorlage OA 1765 wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass die Worte ‚in die Wege zu leiten‘ durch das Wort ‚sicherzustellen‘ ersetzt werden.“ Das Abstimmungsergebnis war zu 1.a) Ziffer 1: CDU, GRÜNE, FAG und REP Kenntnis, SPD Zurückweisung, F.D.P. Kenntnis als Zwischenbericht. Ziffer 3: CDU, SPD, GRÜNE, FAG und REP Kenntnis, F.D.P. Kenntnis als Zwischenbericht. Ziffer 2: SPD, GRÜNE, F.D.P. und FAG Zurückweisung, CDU und REP Kenntnis. Zu 2.a) Ziffern 1. und 2: Einstimmige Annahme. Ziffer 3: SPD, GRÜNE, F.D.P. und FAG Annahme mit Maßgabe, CDU vereinfachtes Verfahren, REP Ablehnung. Die nicht im Ausschuss vertretenen Fraktionen haben wie folgt votiert: PDS - B 841, Ziffer 1. und 3. Kenntnis, Ziffer 2. Zurückweisung und OA 1765 Annahme. Wer dem Ausschussbericht zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.

Frau Ditfurth, Sie haben sich gemeldet.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Ich möchte mein Votum abgeben. Das lautet: Zurückweisung des Berichtes B 841. Bei der Anregung OA 1765 lehne ich die Ziffer 1. ab und nehme die Ziffern 2. und 3. an.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Jost Arnsperger:**

Wiederholen Sie das Zweite, bitte.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Bei der Anregung OA 1765 lehne ich die Ziffer 1. ab und nehme die Ziffern 2. und 3. an.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Jost Arnsperger:**

Wer dem Ausschussbericht vor diesem Hintergrund zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. (Geschieht). Wer ist dagegen? (Geschieht). Wer enthält sich? (Geschieht). Es gibt eine Enthaltung von Frau Ditfurth, ansonsten ist der Ausschussbericht einstimmig angenommen. Die einzelnen Fraktionsvoten entsprechen den soeben vortragenen Voten. Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt und übergebe die Sitzungsleitung an Herrn Stadtverordnetenvorsteher Bührmann.

Tagesordnungspunkt 8.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Die Fraktionen haben mir mitgeteilt, dass die Tagesordnungspunkte 8. und 9. ohne Aussprache abgestimmt werden sollen und dass der Tagesordnungspunkt 10. „Abfallverbrennungsanlage“ auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vertagt werden soll.

Ich lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung zu Tagesordnungspunkt 8. abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist und lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: a) Die Vorlage B 96 dient als Zwischenbericht zur Kenntnis. b) Es dient zur Kenntnis, dass Stadtverordneter Rust gemäß § 25 HGO an der Abstimmung nicht teilgenommen hat.“ Abstimmung zu a): CDU, SPD, GRÜNE, F.D.P. und FAG Kenntnis als Zwischenbericht. Die nicht im Ausschuss vertretenen Fraktionen haben wie folgt votiert: REP und PDS Kenntnis, ÖkoLinX-ARL Zurückweisung. Wer dem Ausschussbericht zuzustimmen wünscht, den